



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste,

liebe Freunde der Minderheiten Europas,

liebe FUEV-Mitglieder

Es ist heute - am Tag der Eröffnung des FUEV-Kongresses, der auch das 65. Jubiläum unserer Organisation feiert - eine große Freude, hier, im Hotel des Nordens, so viele Menschen begrüßen zu dürfen.

Als Präsident der FUEV ist dieser Kongress natürlich für mich persönlich ein besonderer, da er in meiner Heimat, im deutsch-dänischen Grenzland stattfindet.

Ich möchte mich daher auch gleich am Anfang bei den beiden Mitveranstaltern, dem Bund Deutscher Nordschleswiger für die deutsche Minderheit in Dänemark und dem Sydslesvigsk Forening von der dänischen Minderheit in Deutschland bedanken, die es ermöglicht haben, dass wir heute hier sind. Durch ihren Beitrag und ihre Unterstützung ist es gelungen just hier, buchstäblich auf der deutsch-dänischen Grenze, den Kongress abzuhalten.

Wir haben schon einmal hier bei uns gefeiert, und zwar genau vor 15 Jahren, zum 50. Jubiläum der FUEV. Viel ist seither geschehen.

Der Kongress 1999 fand noch ausschließlich auf der dänischen Seite der Grenze, bei der deutschen Minderheit, statt. Heute, 15 Jahre später, wäre es schon beinahe undenkbar, einen solchen Kongress in der Region zu veranstalten, der nicht von den beiden nationalen Minderheiten mit getragen und auf beiden Seiten der Grenze ausgetragen wird. Auch das ist ein Beleg dafür, dass sich die Zeiten im Grenzland in den letzten Jahren rasant verändert haben und weiter verändern.

Es lebt sich gut in der deutsch-dänischen Region. Das ist generell so, es gilt aber insbesondere auch für die vier Minderheiten – die deutsche Minderheit in Nordschleswig, die dänische Minderheit in Südschleswig, die Friesen und die Sinti. Alle haben sich als „Pioniere der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ verdient gemacht und arbeiten bestens integriert an der Entwicklung der Region mit.

Diese Entwicklung vom Gegeneinander zum Miteinander hat über 150 Jahre gedauert. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts kamen die Menschen hier eigentlich gut miteinander aus. Dann gewann der Nationalismus an Bedeutung und mit ihm gewann die Unterscheidung in „Die anderen“ und „Wir“ an Bedeutung und Brisanz. Nach einem Volksaufstand, der am 25. Juli 1850 in einer blutigen Schlacht zwischen Schleswig-Holsteinern und dem Königreich Dänemark endete, eskalierte die Nationale Bewegung 1864 in der Schlacht bei Düppel.

Reichskanzler Bismarck benutzte eine politische Dummheit Dänemarks, um die Voraussetzung für ein Deutsche Reich durch einen gemeinsamen Krieg gegen Dänemark zu schaffen.

Die Weichen für die umkämpfte Geschichte Europas mit den beiden Weltkriegen als blutige Höhepunkte wurden 1864 entscheidend mit gestellt. Darüber hinaus entstand der moderne dänische Nationalstaat nicht zuletzt durch die vernichtende Niederlage gegen Preußen und Österreich.

Dänemark, das noch im 17.und 18. Jahrhundert eine Grossmacht war, wurde nun ein Kleinstaat. Eine grosse Demütigung, mit der der moderne dänische Staat unter dem Motto:“Was wir nach aussen verloren haben, müssen wir nach innen gewinnen“ bewundernswert fertig wurde.

Das Gelände, auf dem die Schlacht bei Düppel stattfand, ist heute Museum. Auch so lässt sich der Fortlauf der Geschichte vom kriegesischen zum friedlichen Miteinander dokumentieren.

Feindschaft ist museal.

Morgen werden Sie sich selbst ein Bild davon machen können.

Genau 150 Jahre nach der blutigen Schlacht von Düppel, am 18.April 2014, fand ein Festakt auf dem ehemaligen Schlachtfeld unter Beteiligung der dänischen Königin statt.

Dabei wurde zu Recht die neue Normalität zwischen Deutschen und Dänen gefeiert. Das ist nicht selbstverständlich. Die aktuelle Situation in der Ukraine und auf der Krim erinnern uns daran, wie schnell die Normalität vorbei sein kann.

Was wir mit einem Blick gen Osten in Europa derzeit erleben, zeigt, dass sich immer wieder die Fragen der Machtpolitik - wie bereits 1864 - negativ auf die „normale Bevölkerung“ auswirken.

Gewalt und Hass, die ungeliebten Verwandten des Friedens, halten wieder Einzug

Ich war inmitten der Unruhen vor einem Monat drei Tage in Kiew, wo ich am 7. Kiewer Sicherheitsforum teilnahm. Dabei traf ich mich auch mit verschiedenen Minderheitenvertretern, um einen kleinen Einblick in ihre jetzige Lage zu bekommen. Mein Eindruck deckt sich mit dem, was uns täglich in der Presse vermittelt wird: Es herrschen Angst und Unsicherheit, und: Es ist keine Lösung in Sicht.

Auch wir haben keine Lösung. Doch es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den nationalen Minderheiten, den Einzelnen und den Gruppen eine Stimme zu geben.

In den letzten Wochen war viel von De-Eskalation die Rede, wenn über die Ukraine gesprochen wurde. De-eskalieren heißt Spannungen abbauen, sich um eine friedliche Lösung bemühen. Um Frieden zu stiften muss man die Beweggründe des anderen, seine Wünsche und Ängste verstehen.

Verstehen ist Voraussetzung für Verständigung. Demütigungen entstehen oft, weil Menschen den Respekt vor den Werten des anderen vermissen lassen und weil sie sich nicht in die Lage des anderen hinein versetzen können oder wollen. Das vertragen die Menschen nicht.

Es ist allerdings ein großer Unterschied, ob ein Staatsoberhaupt oder eine Minderheit gedemütigt wird. Ein Staatsoberhaupt lässt sich das normalerweise – wie im Fall Putin – nicht bieten, eine Minderheit hingegen kann sich nicht wehren und ist im Zweifelsfall eine zu vernachlässigende Größe.

Lassen sie mich den ehemaligen Vorsitzenden der Krimtartaren, unserer Mitgliedsorganisation der Medschlis, Mustafa Dzhemilev besonders herzlich bei uns begrüßen.

Lieber Mustafa Dzhemilev wir können nur ahnen, welche psychischen Qualen Sie mit Ihrem Volk durchmachen müssen dadurch, dass die Nachfahren der Menschen, die Ihr Volk vertrieben haben, das Land annektiert haben.

So schwierig die Situation bei Ihnen ist, so froh sind wir darüber, dass Sie bei uns sind. Wir werden die aktuelle Situation in der Ukraine in der Aktuellen Stunde nach den Mittagessen intensiv behandeln. Die Lage in der Ukraine wird auch Thema des Hauptvortrages sein.

### *Anrede*

Minderheiten, so scheint es, bekommen nichts geschenkt. Wir hatten uns im vergangenen Jahr ein grosses Ziel gesetzt, nämlich die Durchführung der Bürgerinitiative für mehr Rechte für die Minderheiten Europas, die Minority SafePack Initiative.

Unser Minority SafePack enthielt keine Maximalforderungen, Wir wollten das Instrument der Bürgerinitiative nutzen, um dadurch eine Öffentlichkeit für unsere berechtigten Forderungen herzustellen.

Wir wollten und wollen den politischen Dialog auf Augenhöhe. Doch das war/ist offenbar von der Europäischen Kommission nicht gewollt. Unsere Bürgerinitiative wurde nicht angenommen.

Als Begründung sagte man uns, dass Minderheitenfragen keine Angelegenheit der EU seien, sondern in die Zuständigkeit der Nationen gehören.

Das allerdings führt den europäischen Gedanken einer vereinten Vielfalt ad absurdum. Die Tür wurde uns, aber auch dem europäischen Gedanken mit einem lauten Krachen zugeschlagen.

Wir wollen das nicht hinnehmen. Nun wagen wir den Rechtsstreit mit der Kommission. In Luxemburg wird vor dem Europäischen Gerichtshof, dem EUGH entschieden, ob man es ernst meint mit dem bürgerschaftlichen Engagement und dem Minderheitenschutz in der EU.

Noch eine Randbemerkung: die EU stellt zwar das Instrument der Bürgerinitiative zur Verfügung, aber kein Geld, um eine Unterschriftenkampagne im Internet zu führen. Nett gesagt ist es naiv zu glauben, dass eine solche Aktion nichts kostet. Eine Kampagne ist eine Kampagne und will gut vorbereitet und aufbereitet sein. So, wie es jetzt ist, profitieren von dem Instrument Bürgerinitiative wieder nur die Großen.

Wir haben uns immer als Solidargemeinschaft verstanden. Wir haben sehr unter der Ablehnung gelitten, auf der anderen Seite haben wir aber auch Solidarität erfahren. Die Solidarität hat mit dem Beginn der Arbeit für die Bürgerinitiative bedeutend zu genommen. Das freut uns und spornt uns an.

Aber auch außerhalb unserer eigenen Reihen erfahren wir Solidarität. Hier möchte ich die einstimmige Erklärung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zugunsten unserer Bürgerinitiative hervorheben, mich nochmal bedanken und unterstreichen, was der Präsident des dänischen Parlaments in seiner Rede vor 15 Jahren sagte: Zeige mir wie du deine Minderheiten behandelst und ich sage dir wie demokratisch du bist.

Das gilt auch heute noch.

Es gilt, aus der aktuellen Krise eine weitere Lehre zu ziehen. Nämlich, dass die Europäische Gemeinschaft - damit meine ich die Europäische Union, aber auch die anderen Staaten, die zu Europa zählen - eine Kehrtwende in der Minderheitenpolitik durchführen müssen, und zwar, weil sie selbst davon profitieren, wenn sie es tun.

Wir fordern dies seit langem. Weil es so wichtig ist, wiederhole ich unsere Argumente:

- Die Minderheiten stellen keine Gefahr für den Zusammenhalt Europas oder der Staaten dar.
- Minderheiten führen in ihrer Vielfalt vielmehr zu einer Bereicherung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und müssen darin geschützt und unterstützt werden.
- Viele Politiker und Entscheidungsträger diskutieren wieder über Minderheitenschutz, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Territoriale Unversehrtheit des Staates und Sprachenrechte.
- Wir Minderheiten und die FUEV als ihr Sprachrohr haben uns mit diesen Themen in den letzten vielen Jahre intensiv auseinander gesetzt.

Leider zeigt sich jedoch wieder die Tendenz, dass mehr **über** uns statt mit uns geredet wird.

Lesen Sie selbst nach, was in unserer Programmatischen Erklärung von 2013 oder in unserer Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack steht.

- Wir haben konkrete Forderungen und Vorschläge und stehen mit unserer Expertise bereit.

- Minderheiten, Sprachen und regionale Identitäten müssen ernst genommen werden und politisches Gewicht haben, wenn es um die Zukunft Europas geht. Sonst können wir die sprichwörtliche europäische Vielfalt, die ein wichtiger Teil unseres gemeinsamen Kulturerbes ist, ad acta legen und wie die USA ein „big melting pot“ werden.
- Auch das wäre ein Ziel, aber es ist nicht das unsere.
- Wir haben den Eindruck, dass unser Wissen in diesen Themenbereichen zwar anerkannt wird, aber auch nervt. Es nervt, weil die Politiker den Eindruck haben, wir hätten nur die Minderheitenpolitik im Kopf, während sie an das Ganze denken.
- Das Gegenteil ist der Fall, nur wir diskutieren das Ganze, nämlich die Vielfalt Europas, aus der Perspektive der armen Verwandten. Wir wissen, dass die armen Verwandten nicht sehr viel zu sagen haben, und deshalb nerven wir.

Bei einer solchen Minderheitenpolitik oder, um es polemisch zu sagen, eher der Nicht-Minderheitenpolitik, wie es sie in der EU und in einigen Staaten Europas derzeit gibt, darf man sich nicht wundern, wenn regionale Sezessionsbewegungen, Roma-Binnenflüchtlinge, soziale Unzufriedenheit und ein akutes Kultur- und Sprachensterben sich als aktuelle, ganz konkrete Probleme immer größer wachsen.

Da diese Probleme aber immer offensichtlicher werden und da neue Besen meist gut kehren, hoffen wir, dass mit dem neuen Europäischen Parlament und der neuen Europäischen Kommission ein ernsthafter, ergebnisorientierter Dialog möglich wird.

Eine junge Vertreterin der deutschen Minderheit, Magali Diallo, sagte auf die Frage, ob es eine europäische Kultur gibt und wenn ja, worauf sie sich gründet: „Darauf, dass wir die Kulturen mit nehmen können. Dass wir die Kulturen in einem gemeinsamen Rahmen integrieren und nicht assimilieren.“

Das ist doch eine Haltung einer jungen Gymnasiastin, die Hoffnung macht.

Daher auch meine Aufforderung, am 25. Mai zur Europawahl zu gehen. Wir wünschen uns sehr, dass unsere Vertreter es wieder ins Parlament schaffen – so auch die Ungarn in Rumänien und in der Slowakei und die Südtiroler.

- Wirkliche Veränderung wird es nur geben, wenn wir gemeinsam handeln und unsere Kräfte klug einsetzen.
- Wir wollen Konkretes und Messbares für die Minderheiten, die Sprachen und die Vielfalt in Europa erreichen. Das ist unsere Aufgabe, und daran arbeiten wir.

Wir wissen alle, dass die Probleme der Minderheiten sehr unterschiedlich sind. Deshalb möchte ich eine andere wichtige Säule unserer Arbeit hervorheben, der Erfahrungsaustausch landläufig best practice genannt. Hier informieren wir einander über Sorgen und Nöte, aber auch über das, was gut gelaufen ist. Best practice ist etwas, das uns zusammen schweisst, weil wir mehr voneinander erfahren und einander helfen.

Eine andere Säule sind die Sprachkompetenz und ihr Mehrwert für die Regionen. Seit Jahren widmen sich Judith Walde und ihr Team in zwei aufeinander folgenden EU-Projekten erfolgreich der Verbesserung der Sprachkompetenz unter dem Motto: Einsprachigkeit ist heilbar. Mit Humor und Elan und unter Mitwirkung vieler junger Europäer aus den Minderheiten sind RMLto future und proML zu Vorzeigeprojekten geworden. Morgen werden wir den krönenden Abschluss des Projektes unseres Sprachenteams am Ende des Europatages miterleben.

Bei uns gibt es heute einen Workshop der sich dem Thema Sprache widmet.

Einen dritten erfreulichen Punkt möchte ich noch ansprechen. Die Bürgerinitiative hat zu einer größeren Öffentlichkeitswirkung der FUEV geführt. Sogar Staatsvertreter aus Staaten, die man nicht unbedingt als

minderheitenfreundlich einstufen kann, suchen das Gespräch mit uns. Vor kurzem besuchte uns der slowakische Botschafter in Deutschland, und er sagte auf meine Frage warum er uns besuche:

Wir betrachten Ihre Organisation als die kompetenteste in Minderheitenfragen.

Wir alle wissen, wie schwierig es ist, etwas im Europaparlament in puncto Minderheiten zu bewegen. Ich möchte deshalb hervorheben, dass die Sozialdemokratische Gruppe durch ihren österreichischen Präsidenten Hannes Swoboda und Ulrike Rodust aus Schleswig Holstein den beiden Kommissionspräsident Kandidaten Junker und Schultz einen Offenen Brief geschickt haben. Darin appellieren sie an die beiden Herren.

Ich zitiere aus dem Brief:

A change is needed if the EU has to live up to the values enshrined in article 2 of the Treaty on the European Union and in article 21 of the EU Charter of fundamental rights.

If we want these citizens to be fully part of the European project, the new European Parliament and the new European Commission must take up the challenge of fighting discrimination and promote empowerment at all levels, involving minority citizens in the decision making process, defining a coherent set of EU policies and guidelines in all relevant EU policy areas, starting from employment, education, training and research.

Soweit Ulrike Rodust und Hannes Swoboda.

Es wäre natürlich wünschenswert, dass dieser Brief auch vom konservativen Lager mitgetragen würde. Aber so optimistisch wage ich gar nicht zu sein. Morgen werden wir uns diesem Thema weiter widmen.

### *Anrede*

Es gibt unter uns viele kluge Menschen, die immer noch, auch wenn sie betagt sind, für Veränderungen zum Guten arbeiten. Sie – wir – sprechen an, was im Argen liegt. Mitunter resignieren auch wir, weil wir so viel reden und weil für unseren Geschmack alles zu lange dauert und zu wenig dabei heraus kommt. Es bleibt aber wahr, was der Philosoph Jürgen Habermas in seiner Theorie des kommunikativen Handelns schreibt:

Wer etwas anspricht, verändert die Realität.

Also sprechen wir die Sache der Minderheiten immer weiter an – hier auf unserem Jahreskongress, bei unseren Nachbarn, und draußen, in Europa.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.